

Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz der Landeshauptstadt Magdeburg

1. Einführung

Am 1. Januar 2007 startete das neue Programm "VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Bundesregierung hat sich vor dem Hintergrund der weiten Verbreitung des Rechtsextremismus zum Ziel gesetzt, gerade bei jungen Menschen die demokratische Kultur und das zivile Engagement zu stärken sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern.

Das präventiv ausgerichtete Programm knüpft an die Erfahrungen aus dem Ende 2006 ausgelaufenen Aktionsprogramm der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" an. Für das Programm werden jährlich 19 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt.

Angesprochen werden sollen mit "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" insbesondere junge Menschen, rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer.

Im Förderschwerpunkt "Entwicklung integrierter lokaler Strategien" entwickeln Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen Lokalen Aktionsplan (kurz: LAP). Dieser beruht auf einer spezifischen Analyse der Problemlagen des Fördergebietes, verfolgt mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristige integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung und fördert lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen.

Für die Erstellung und jährliche Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans erhalten die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften Fördermittel in Höhe von maximal 100.000 Euro, mit Hilfe derer dann konkrete Einzelprojekte zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans finanziert werden können. Die Entscheidung über die Projekte trifft ein lokaler Begleitausschuss, dem neben Vertretern der Kommune auch Vertreter der lokalen Akteure der Zivilgesellschaft angehören sollen. Schwerpunkt dieses Programmbereichs sind die neuen Bundesländer.

Anträge zu Einzelprojekten können bei den für das Fördergebiet zuständigen Lokalen Koordinierungsstellen eingereicht werden. Beachten Sie bitte bei der Entwicklung von Maßnahmen die Leitlinien des Programmbereichs „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ sowie die Anforderungen des jeweiligen Lokalen Aktionsplans. Die Kontaktdaten der Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans der Landeshauptstadt Magdeburg finden Sie auf Seite 5.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm "VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie." finden Sie im Internet unter www.vielfalt-tut-gut.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

2. Lokaler Aktionsplan der Landeshauptstadt Magdeburg

Die Landeshauptstadt Magdeburg gehört zu den zehn Kommunen und Landkreisen in Sachsen-Anhalt, die Fördermittel aus dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ zur Entwicklung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans erhalten. Projektbeginn für die Landeshauptstadt ist der 1. September 2007.

Gemeinsam mit freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen entwickelte das Jugendamt der Stadt Magdeburg als federführendes Amt des Ämternetzwerkes einen Lokalen Aktionsplan. Die Träger sind aufgerufen, mittels konkreter Maßnahmen, die im LAP benannten Ziele umzusetzen. Die Bescheidung der eingereichten Projektanträge obliegt dem Begleitausschuss, der sich aus insgesamt 15 Personen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft zusammensetzt.

Die Lokale Koordinierungsstelle (kurz: LKS) für den Lokalen Aktionsplan der Landeshauptstadt Magdeburg wird gemäß des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses beim Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit eingerichtet.

Im Folgenden ein Auszug aus dem Lokalen Aktionsplan:

2.1 Beschreibung der besonderen Problemlage zur Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Der Rechtsextremismus hat sich auch in Magdeburg trotz der Anstrengungen von Politik und Zivilgesellschaft auf besorgniserregendem Niveau stabilisiert. Außer den Gewalttaten schockiert die zum Teil gelungene Verankerung rechtsextremer Organisationen im kommunalen Sozialraum.

Erfahrungswerte aus den Bereichen der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zeigen deutlich, dass die Sozialisation und politische Meinungsbildung mittels „Rechtsrock“ und rechtsextremer Fanzines auch weiterhin an Bedeutung gewinnt. Die Folge ist ein menschenverachtendes und rechtsextremes Gedankengut bis hin zu einem geschlossenen Weltbild bei einer Vielzahl junger Menschen. So wird die Ideologie der extremen Rechten zumeist als normale Meinungsäußerung in einer pluralistischen Demokratie gewertet, welche nicht mehr zu bekämpfen sei. Jüngst veröffentlichte Studien zeigen deutlich die breite Verankerung rechtsextremer und menschenverachtender Einstellungen auch über die jüngere Generation hinaus.

Das Spektrum der aktionistisch orientierten und zum Großteil ideologisch gefestigten rechtsextremen Szene umfasst einen harten Kern von ca. 30–50 Personen sowie geschätzten 80–100 Sympathisanten. Das Zentrum bildet eine unter wechselnden Namen auftretende, aber dennoch kontinuierlich politisch arbeitende, Kameradschaft, welche derzeit unter der Bezeichnung „Nationale Sozialisten“ firmiert. In dieser sind etwa 20 zumeist männliche und seit Mitte der 1990er Jahre aktive Neonazis organisiert. Die Kameradschaft leistet aktive Aufbauarbeit bei anderen Organisationen im Bundesland und ist durch Kontakte ihrer Führungspersonen in das bundesdeutsche Netz der sog. Freien Nationalisten eingebunden. In den vergangenen Monaten und Jahren zeichnete sie sich durch verschiedene Aktionsformen aus, die von gezielten Übergriffen über Störungen von Veranstaltungen demokratischer Organisationen bis hin zu Drohungen gegenüber kommunalen Amtsträgern und Aufmärschen mit bundesweiter Mobilisierung reichen. Darüber hinaus ist eine vermehrte Kooperation von Kameradschaft und NPD/JN zu beobachten.

Die Szene nutzt klassische wie neue Medien um ihre Ideologien zu verbreiten, sich darzustellen und untereinander zu kommunizieren. Sie verfügt durch Anmietung in Magdeburg-Nord über Räumlichkeiten mit dem szeneeinternen Namen „Standarte“. Hier

werden Schulungsveranstaltungen und Konzerte durchgeführt. Eine Entwicklung zum Treffpunkt der rechtsextremen Szene aus der Region ist zu konstatieren. Die nicht in Parteien oder Kameradschaften organisierte extreme Rechte (Einzelpersonen u/o informelle Gruppierungen) tritt häufiger durch rechtsextreme Straftaten öffentlich in Erscheinung. Schwerpunkte bilden Propagandadelikte sowie Übergriffe auf Migrant/innen und nicht-rechte Jugendliche wie Punks und Skater. In den zurückliegenden Jahren musste ein deutlicher Anstieg von Angriffen im ÖPNV registriert werden – oftmals ohne, dass umstehende Personen den Opfern zu Hilfe kamen.

2.2 geplante Ziele zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Die Leitziele (weiter unten durch X. gekennzeichnet) geben die Grundausrichtung des Lokalen Aktionsplans an und sind in ihrer Ausrichtung eher langfristig angelegt. Die Mittlerziele (X.X) verbinden die Ebenen der Leit- und der Handlungsziele. Sie sind mittelfristig angelegt. Das Handlungsziel (X.X.X) beschreibt einen spezifischen Zustand, zu dessen Erreichung bestimmte Interventionen eingesetzt werden. Eine weitere Konkretisierung der Handlungsziele des Lokalen Aktionsplans erfolgt im Rahmen der Einzelprojekte.

Während der Entwicklungsphase des Lokalen Aktionsplans der Landeshauptstadt Magdeburg (Mai bis Juli 2007) wurden durch die beteiligten Akteure Leitziele, Mittlerziele und Handlungsziele festgelegt. Sie lauten im einzelnen:

1. Stärkung der demokratischen und politischen Kultur zur Prävention von Rechtsextremismus
 - 1.1 Kinder und Jugendliche erfahren Demokratie als konkreten Wert mittels weitreichender Möglichkeiten der Partizipation
 - 1.1.1 An Schulen sollen im ersten Förderjahr vielfältige, langfristig wirksame Projekte zur Demokratieförderung stattfinden
 - 1.1.2 Die Kinderbeauftragte der Stadt wird bis Ende 2007 in den LAP integriert
 - 1.2 Förderung des Bewusstseins für die NS-Zeit bei Bürger/innen
 - 1.2.1 Der Initiativkreis verlegt unter Einbeziehung von Jugendlichen als Paten bis zum Frühjahr 2008 weitere zehn Stolpersteine
 - 1.2.2 Präsentation der Ausstellung „KZ-Haft und Zwangsarbeit in Magdeburg“
 - 1.3 Sensibilisierung und Kompetenzsteigerung von Multiplikator/innen zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
 - 1.3.1 Durchführung von Fortbildungstagen für Multiplikator/innen aus dem Bildungsbereich und der Stadtverwaltung zur Demokratieförderung und Konfliktkultur
 - 1.3.2 Durchführung von Multiplikator/innentrainings zu rechten und fremdenfeindlichen Parolen
2. Förderung des interkulturellen Dialogs
 - 2.1 Sensibilisierung der Bürger/innen für das Leben von Migrant/innen
 - 2.1.1 Förderung der interkulturellen Begegnung von Magdeburger/innen mit Migrationshintergrund und deutscher Herkunft
 - 2.1.2 Erhöhung des Verständnisses von Kindern und Jugendlichen für andere Kulturen mittels schulischer und außerschulischer Projektstage
 - 2.2 Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung
 - 2.2.1 Die Stadtverwaltung führt mind. eine Beratung im Monat in verschiedene sozialen und kulturellen Einrichtungen durch
 - 2.2.2 Angebote zur Förderung der interkulturellen Kompetenz für Mitarbeiter/innen der städt. Verwaltung, die mit Migrant/innen in Kontakt kommen
 - 2.3 Aufklärung über menschlich-kulturelle Vielfalt

- 2.3.1 Durchführung von niedrigschwelligen Begegnungsangeboten zum interkulturellen Dialog
- 2.3.2 Förderung interkultureller Begegnungsprojekte zum Abbau von Vorurteilen
- 3. Förderung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlicher Meinungsäußerung
 - 3.1 Schaffung eines angstfreien öffentlichen Raumes, insbesondere Verhinderung von Übergriffen im ÖPNV
 - 3.1.1 Bürgertrainings zu Zivilcourage zwecks Stärkung der Handlungskompetenz, um bei Übergriffen gegen Migrant/innen schlichtend eingreifen zu können
 - 3.1.2 Die „Aktion Noteingang“ wird mittels einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne wiederbelebt
 - 3.2 Sensibilisierung der Lokalmedien für die Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
 - 3.2.1 Gewinnung eines Medienvertreters für das Bündnis gegen Rechts
 - 3.2.2 Workshop für Medienvertreter/innen zur angemessenen Berichterstattung über Rechtsextremismus
 - 3.3 Erhöhung des Mobilisierungspotentials gegen rechte Aufmärsche
 - 3.3.1 Verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure werden in die Vorbereitungen zu Aktionen gegen rechte Aufmärsche einbezogen
 - 3.3.2 Prominente aus Politik und Öffentlichkeit werden als Botschafter/innen für demokratische Proteste gegen Rechts gewonnen

2.3 Zielgruppen

Hauptzielgruppe in den Projekten des LAP der Landeshauptstadt Magdeburg sind vor allem Multiplikator/innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Diese sind haupt- und ehrenamtliche Akteure aus dem Bildungsbereich, Sport, Eltern, Polizei und Kommune. Auf diesem Wege soll sichergestellt werden, dass breite Teile der Gesellschaft für die Ziele einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft erreicht werden. Eine wichtige Zielgruppe, mit denen im LAP gearbeitet werden soll, sind die noch nicht politisch festgelegten und nicht rechts orientierten Jugendlichen. Durch aktive Einbeziehung von rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen in verschiedene Formen der schulischen/außerschulischen Jugendarbeit, insbesondere durch die Ermöglichung positiver Erfahrungen, bspw. im Umgang mit gleichaltrigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber auch durch gezielte Aufklärungsarbeit, kann rechtsextremen Haltungen entgegengewirkt und die Entwicklung demokratischer Denkweisen und Aushandlungsprozesse gefördert werden.

Der Zielgruppe der Migrant/innen als häufigster von Diskriminierung betroffener Gruppe kommt eine besondere Rolle im Hinblick auf die politische Willensbildung und Teilhabe zu. Darüber hinaus sollen gerade jene Personen im Rahmen des LAP angesprochen werden, die bei rechtsextrem motivierten Übergriffen eingreifen oder diese gänzlich verhindern können: Straßenbahnfahrer/innen, Taxifahrer/innen usw.

2.4 Begleitausschuss

Der Begleitausschuss des LAP der Stadt Magdeburg setzt sich aus insgesamt 15 Vertreter/innen aus den Bereichen öffentliche und freie Träger, gesellschaftliche Organisationen, Institutionen sowie Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Sport zusammen: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Herr Holger Platz), Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Frau Beate Bröcker), Ausländerbeauftragter der Stadt Magdeburg (Herr Abdul Coulibaly), Prof. Roland Roth (Professor für Politikwissenschaft), der/die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, ein/e Vertreter/in des StadtJugendRing e.V., je ein/e Vertreter/in der katholischen (Propst Josef Kuschel) und evangelischen Kirche (Superintendent Michael Seils) sowie der jüdischen Gemeinde, ein/e Vertreter/in des DGB, der Geschäftsführer der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (Michael Marquardt), der Geschäftsführer des

fjp>media, Verband junger Medienmacher (Herr Olaf Schütte), ein/e Vertreter/in des Jugendforums Magdeburg, Herr Dr. Rolf Küster (tbz Technologie- und Berufsbildungszentrum Magdeburg gGmbH) sowie dem Leiter des Jugendamtes der Stadt Magdeburg (Dr. Detlev Klaus). Dieser wird durch seinen Vorsitz im Ämternetzwerk die Kommunikation und Austausch zwischen diesem und dem Begleitausschuss sicherstellen. Grundlage für die Bewertung der Einzelprojekte bilden die in der Leitlinie des Förderprogramms „Vielfalt tut gut“ formulierten Zielsetzungen. Konkret ist die Bewilligung von Projekten an die unter Punkt 2.2 formulierten drei Leitziele und den davon abgeleiteten Mittler- und Handlungsziele abhängig zu machen. Zugleich ist, insbesondere bei umfangreicheren Projekten, eine Vernetzung mehrerer Träger zwingend erforderlich. Darüber hinaus sind sowohl die in der Leitlinie wie auch im LAP festgelegten Zielgruppen in der Projektbewertung zu berücksichtigen.

3. Kontakt Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans Magdeburg

Weitere Informationen zum Lokalen Aktionsplan erhalten Sie bei der Koordinierungsstelle. Dort können Sie ebenso die Antragsformulare anfordern. Förderfähig sind grundsätzlich nichtstaatliche Organisationen.

Die zu fördernden Projekte sollen auf einer Analyse der lokalen Situation beruhen und sich auf den spezifischen Bedarf oder ein spezifisches Problem im lokalen Kontext beziehen wie unter Punkt 2.1 beschrieben. Im Rahmen der Antragstellung ist klar herauszustellen, inwiefern das Projekt langfristig und nachhaltig dazu beiträgt, das Handlungskonzept des Lokalen Aktionsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg zu unterstützen sowie die Ziele und die gewünschten Zielgruppen zu erreichen. Erfolgsindikatoren müssen detailliert benannt und beschrieben sein. Auf mindestens eines der unter Punkt 2.2 aufgelisteten Leitziele des Lokalen Aktionsplanes muss deutlich Bezug genommen werden. Die Förderhöchstsumme für integrierte Projekte beträgt 20.000 Euro, die Laufzeit ist auf ein Förderjahr (September 2007 bis August 2008) beschränkt.

Lokale Koordinierungsstelle Magdeburg
Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel. 0391 / 62 0 77 54
Fax 0391 / 62 0 77 40
Email: weber.gs@miteinander-ev.de
Ansprechpartner: Thomas Weber